

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.



Wege zur Wohlfahrtsstadt

Die Daseinsvorsorge im Fokus Interview mit Renate Brauner	S 3
Der Gemeindebau in 100 Geschichten Buchbesprechung Wiener Wohnwunder	S 6
Die Implementierung der VRV 2015	S 7

Kritische Anmerkungen von Friedrich Klug





Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Bernhard Müller, BA, MPA ist Generalsekretär von Urban Forum

Der Begriff der Wohlfahrtsstadt ist im Gegenzug zu jenem des Wohlfahrtsstaates jung und wenig etabliert. Der bekannte österreichische, viel zu früh verstorbene Sozioökonom Egon Matzner, dessen Namen unser Institut stolz im Untertitel trägt, hat 1984 die These aufgestellt, dass die "Krise des Wohlfahrtsstaates nicht eine Krise der Ziele, sondern eine Krise der Methoden ist, mit denen in den OECD-Gesellschaften diese Ziele verfolgt werden." Aus heutiger Sicht fast ein prophetischer Befund. Nach Jahrzehnten an Privatisierung, Deregulierung, Outsourcing und reiner Austeritätspolitik hat in den letzten Jahren ein gewisses Umdenken stattgefunden. Nicht zuletzt durch die COVID-19-Pandemie und ihre mannigfaltigen verheerenden Folgen wurden die Vorzüge einer öffentlichen Daseinsvorsorge inklusive stabilem Sozial- und Gesundheitssystem öffentlich wahrgenommen, thematisiert, geschätzt und dadurch mancherorts auch gestärkt. Aber auch schon vor der sogenannten Corona-Krise wurden weltweit zahlreiche städtische Wasserwerke, Energieversorger, Kläranlagen oder Verkehrsbetriebe rekommunalisiert, da sich die Privatisierungen als teure Irrwege mit oft dramatischen Folgen für die Qualität und Leistbarkeit der

"public services" erwiesen haben. Womit wir bei der Wohlfahrtsstadt wären. Wiewohl es keine allgemein gültige wissenschaftliche Definition dieses Begriffs gibt, geht es dabei zweifellos um ein starkes kommunales Wohlfahrtswesen sowie eine soziale und inklusive

Stadtentwicklung, die ein gutes Leben für alle Menschen möglich machen sollen. Im April 2019 präsentierte das Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) die viel beachtetete Studie "Rekommunalisierung in Europa - Fakten, Motive, Beispiele", in der 700 Rekommunalisierungen in 20 Ländern erörtert und beschrieben werden. Ende des vorigen Jahres ist bei Renate Brauner und meiner Wenigkeit die Idee entstanden, in der Urban Future Edition einen Sammelband zum Thema "Wege zur Wohlfahrtsstadt" herauszugeben. Wir HerausgeberInnen waren in unserer Arbeit sehr oft mit der Tatsache konfrontiert, dass gerade die Menschen an der vordersten Front der Kommunalpolitik - also BürgermeisterInnen, Gemeinde- und BezirksrätInnen, und viele andere AkteurInnen der kommunalen Verwaltung - massiv unter dem Druck von Deregulierungs- und Privatisierungsideologie stehen. Wir wollen sie daher mit diesem Buch bei ihrer Arbeit unterstützen. Der Sammelband soll einen kompakten Überblick zur Rolle der öffentlichen Hand und vor allem der Kommunen und ihrer Leistungen der Daseinsvorsorge, aber auch der wirtschaftspolitischen Rolle, die Staat und Kommunen, gerade in Krisenzeiten haben können und müssen, geben. Als das Konzept zu diesem Projekt entstanden ist, konnten wir noch nicht ahnen, dass bald eine Pandemie die Welt massiv verändern würde. Die Corona-Krise und ihre wohl noch gar nicht in vollem Umfang abschätzbaren sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen haben diesem Thema jedenfalls eine neue Dynamik verliehen. Diesem Umstand wollten wir Rechnung tragen.

Urban Forum – eine starke Stimme für die Städte!



Auch Wiens Bürgermeister Dr. Michael Ludwig zeigte sich von "Wege zur Wohlfahrtsstadt", dem neuesten Buch aus der Urban Future Edition, begeistert.

Impressum: Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung

Chefredaktion: Mag.³ (FH) Anita Oberhofer | Tel.: +43/2622 21132 | Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at Reyergasse 5/2, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700 | Foto Titelseite: Shutterstock



"Die wichtigsten Bereiche der Daseinsvorsorge dürfen nicht dem freien Markt ausgesetzt werden"

Vorweg eine persönliche Frage: Sie sind seit 2018 Bevollmächtigte der Stadt Wien für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft. Was darf man sich unter Ihrer Tätigkeit, die bei der Wien Holding angesiedelt ist, vorstellen?

Wien ist weltweit als Stadt mit exzellent funktionierender Infrastruktur und Daseinsvorsorgeleistungen bekannt. Dies ist aber keine Selbstverständlichkeit, sondern basiert auf vielen politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte und muss immer wieder gegen Privatisierungs- und Verkaufsideen verteidigt werden - lokal, national und international, vor allem gegenüber vielen Liberalisierungstendenzen der EU. Das mache ich seit vielen Jahren in meiner Funktion als Präsidentin des VÖWG (Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft) und war wichtiger Teil meiner Arbeit in der Stadtregierung. Ich war ja für die beiden großen Daseinsvorsorgekonzerne der Stadt zuständig. Insofern ist es eine logische Fortsetzung meiner Arbeit, mich jetzt hauptamtlich und ausschließlich um dieses Thema zu kümmern, das mir auch ein Herzensanliegen ist. Ich bin überzeugt, dass die gut ausgebaute Daseinsvorsorge in Wien in hohem Ausmaß verantwortlich dafür ist, dass Wien eine so hohe Lebensqualität für alle hat. Viele können sich allerdings unter dem Begriff Daseinsvorsorge wenig vorstellen und viele nehmen auch das gut funktionierende System als Selbstverständlichkeit, was es nicht ist. Das Problem daran ist, was ich nicht als wertvoll wahrnehme, dafür setze ich mich auch nicht ein.

Ich arbeite daher mit vielen Netzwerken, die gemeinsam öffentliche Aktionen zu dem Thema machen, z. B. anlässlich des UN-Tages der Daseinsvorsorge ("UN-Public-Service-Day"), der alljährlich am 23. Juni begangen wird. Wir arbeiten mit Schulen aber auch wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen, um aufzuzeigen, wie wichtig dieses Thema für die Menschen, aber auch die Wirtschaft ist. International interessieren sich viele für das Wiener System, es ist immer besonders schön, unser Wiener Modell bei Konferenzen präsentieren zu dürfen oder in europäischen Organisationen, die sich dafür interessieren.

Ihr Büro hat im Frühjahr 2019 gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) die vielbeachtete Studie "Rekommunalisierung in Europa – Fakten, Motive, Beispiele" präsentiert. Warum war Ihnen dieses Forschungsprojekt wichtig? Und: Welche Trends ergeben sich aus dieser Studie für Sie?

Diese Studie war eine meiner ersten Initiativen, weil ich es leid war, immer nur darüber zu hören und zu lesen, dass die öffentliche Hand nicht gut arbeiten kann, die Privaten alles besser machen und nur wir in Wien das noch nicht eingesehen haben. In Wahrheit ist es so, dass die private Wirtschaft viel wunderbar macht und unterstützt gehört, aber viele Bereiche für den freien Wettbewerb nicht geeignet sind. Gesundheitsversorgung, Sozialbereich, öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung uvam. Unsere Studie zeigt, dass international der Trend auf Grund schlechter Erfahrungen weg von Privatisierungen geht und dort, wo es bereits passiert ist, hin zur Rekommunalisierung. Ganz viele Städte schauen dabei nach Wien, vor allem im Wohnbereich. Das Wiener Modell gilt da international als vorbildlich. Unsere Studie zeigt auf, dass es in Europa 700 Rekommunalisierungen in 20 Ländern gibt, vor allem in den Bereichen öffentlicher Personennahverkehr, Wasserversorgung, Energieversorgung, Abfallentsorgung etc., weil nach der Privatisierung die Leistungen für die Menschen schlechter und teurer geworden sind und die Arbeitsbedingungen für die MitarbeiterInnen schlechter. Bekannteste Beispiele sind die U-Bahn in London, oder die Wasserversorgung in Paris. Aber es gibt noch viele anderen Beispiele in großen und kleinen Städten, von Berlin bis Grenoble. Diese Studie stieß auch europaweit auf großes Interesse, wir haben sie mittlerweile auch auf Englisch veröffentlicht.

Wir sind jedenfalls in unseren Bemühungen bestätigt, einerseits den Wiener Weg weiterzugehen, andrerseits vor allem bei künftigen EU-Regeln dafür zu kämpfen, dass die wichtigsten Bereiche der Daseinsvorsorge nicht dem freien Markt ausgesetzt werden dürfen. Das verlangt viel Überzeugungsarbeit in Brüssel. Wir dürfen das Lobbying nicht den großen internationalen Konzernen überlassen, denen's nur ums Geschäft geht.

Sie sind Mitherausgeberin des demnächst erscheinenden Sammelbandes "Wege zur Wohlfahrtsstadt". Welche Pfade sollen Ihrer Meinung nach im Sinne einer modernen Kommunalpolitik beschritten werden?

Die Kommunalpolitik wird immer wichtiger. Hier geht es um die Lebensgrundlagen der Menschen, um die Infrastruktur, die wir alle brauchen, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, deren Bedeutung wir gerade jetzt auf extrem herausfordernde Art erfahren, aber auch Fragen der Kinderbetreuung, deren Funktionieren oder Nichtfunktionieren gerade auf die Lebensumstände von Frauen ganz zentrale Bedeutung hat. Ich habe jahrelang erlebt, dass die KommunalpolitikerInnen kritisiert werden, wenn sie offensiv den Einfluss der öffentlichen Hand verteidigen. Dieses Buch soll allen Verantwortlichen zeigen, dass die internationale Debatte längst "mehr Privat - weniger Staat" überwunden hat, dass die Rolle gerade der Kommunen vor allem auch von der Wissenschaft hoch geschätzt wird und die empirischen Untersuchungen zeigen, wie gut und wichtig Kommunen als Anbieter von Dienstleistungen sind. Wir wollen gemeinsam die Verantwortlichen stärken und motivieren, eine offensive, moderne Wirtschaftspolitik, gerade auf kommunaler Ebene, zu machen und uns nicht in die Defensive drängen lassen. Und nicht zuletzt ist das Buch natürlich ein Appell, die Finanzierung der Kommunen auf ordentliche Beine zu stellen; sie auszuhungern, sie Spardiktaten zu unterwerfen und aller finanziellen Bewegungsmöglichkeiten zu berauben, rächt sich und schadet Menschen und Wirtschaft.

Bleiben wir bei diesem Buch: War die derzeit alles beherrschende Coronavirus-Pandemie der ausschlaggebende Grund für diese Publikation?

Die Idee zu dem Buch entstand vor der Pandemie. Schon vorher wollten wir zeigen, welch bedeutende Rolle die sozialen, Gesundheits- und Infrastruktur-Dienstleistungen der öffentlichen Hand haben und zwar für Menschen und Wirtschaft. Dies alles hat durch die Corona-Entwicklung eine neue Dynamik bekommen. Auf zum Teil tragische Weise zeigt diese Pandemie, welche Leistungen die Grundlage des Funktionierens unserer Gesellschaft sind, dass die Investitionen gerade im Gesundheitsbereich, die vor Corona oft als



zu teuer kritisiert wurden, jetzt im wahrsten Sinne des Wortes lebensnotwendig sind. Leider haben aber auch internationale Beispiele gezeigt, wie negativ sich Sparzwang und der Rückzug des Staates und der Kommunen aus bestimmten Bereichen auswirkt. Eine englische Studie z. B. weist nach, wie negativ es sich auswirkt, dass der Pflegebereich mittlerweile immer mehr von börsenorientierten Unternehmen betrieben wird.

Ein ganz wichtiger Teil unserer Arbeit ist, jetzt schon daran zu arbeiten, dass diese Lehren nach Corona nicht vergessen werden.

Sie sind ausgebildete Sozial- und Wirtschaftswissenschafterin, glauben Sie, wird es nach dem Ende dieser verheerenden Krise ein Umdenken geben, was die Rolle des Staates und der Daseinsvorsorge betrifft?

Es ist eine Überlebensfrage, dass hier ein Umdenken stattfindet. Eine ausschließlich an Gewinn ausgerichtete Gesellschaft kann nicht

die entscheidenden Zukunftsfragen alleine meistern. Das haben wir jetzt am Beispiel Gesundheit und Infrastruktur gesehen, aber das gilt in hohem Ausmaß auch für die Frage des Klimaschutzes. Amazon, Facebook und Co, die unter heftiger Kritik stehen, sich nicht einmal an die Regeln der Länder, in denen sie ihre Geschäfte machen, halten zu wollen, werden die Nachhaltigkeits- und Klimaschutzfragen nicht lösen und die soziale Frage des Zusammenhaltes schon gar nicht.

Ich bin der festen Überzeugung, dass eine starke öffentliche Hand – von der Mariana Mazzucato öffentlich gemacht hat, dass sie die wichtigsten Innovationen unserer Zeit zu verantworten hat – in Zusammenarbeit mit einer verantwortungsvollen Privatwirtschaft, die viele Bereiche wunderbar und effizient meistert, unsere Zukunft ist. Gute öffentliche Infrastruktur, hohe Sozial- und Gesundheitsqualität, klare Regeln des demokratisch legitimieren Gesetzgebers, die für alle gelten müssen, auch im Netz, dienen den Menschen

aber auch - davon bin ich überzeugt - der Wirtschaft, vor allem den lokalen und kleinen Unternehmungen.

Also – gut funktionierende öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge nutzt allen: Dafür zu arbeiten macht Freude!



Vbgm.ⁱⁿ **a. D. Mag.**^a **Renate Brauner** Bevollmächtigte der Stadt Wien für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft

www.daseinsvorsorge-wien.at





Kritische Anmerkungen zur Implementierung der VRV 2015

Nicht alles ist Gold was glänzt, weshalb einige kritische Anmerkungen zur Implementierung der VRV 2015 erlaubt sind. Seit mehr als 45 Jahren bin ich als Stadtrechnungshofdirektor, Universitätsdozent und gerichtlich beeideter Sachverständiger mit der Materie vertraut. Bereits im IKW-Band 119 "Haushaltsreform aus der Sicht der Städte und Gemeinden", Linz 2010 wurden schwerwiegende Bedenken aus praxisnaher Sicht geäußert, die in den folgenden, intensiven Verhandlungen mit dem BMF und Rechnungshof mehr oder weniger ignoriert wurden.

Nunmehr zeigt sich seit der Voranschlags-Erstellung für 2020 immer mehr ab, dass in der praktischen Handhabung die Ergebnisse des geldorientierten Finanzierunghaushalts absolute Priorität genießen, während die Informationen aus dem Ergebnishaushalt wegen unterschiedlicher Vorgangsweisen in den Bundesländern und der verschiedenen Methoden der Bewertung öffentlichen Vermögens in den Hintergrund treten. Was aber wirklich zählt, ist das kameral-finanzwirtschaftliche Denken, nämlich die Aufrechterhaltung des Haushalts-Gleichgewichts, besonders in schweren Krisenzeiten. Doppelbudgetierungen für 2020/2021 samt Gliederung in die drei Komponenten Ergebnis, Finanzierung und Vermögen führen zu einer enormen Vermehrung der Verbuchungen, worunter die Verständlichkeit, Übersichtlichkeit und damit die für die Beurteilung des Haushalts durch Politik und Bürgerinnen/Bürger erforderliche Transparenz leidet. Ferner steigt der Personal-, Zeit- und Sachaufwand, insbesondere für die Informationstechnologie und die unbedingt notwendige Beratung.

Rechnungsstil und Rechnungsziel

Die primären Rechnungsziele des kommunalen Haushaltswesens sind die soziale Wohlfahrt und Nutzenstiftung für die Bürgerinnen/Bürger sowie die Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts. Dieses Postulat gilt für die kommunale Hoheitsverwaltung im engeren Sinn. Für marktbestimmte Betriebe, die der Daseinsvorsorge dienen, ist das Rechnungsziel ein ausgeglichenes Ergebnis.

Kosten-Nutzen-Überlegungen; Mehraufwand

So anerkennenswert die Bemühungen der Protagonisten der doppelten Buchhaltung und der IT- und Beratungsfirmen zur Implemen-

LITERATUREMPFEHLUNG

IKW-Schriftenreihe "Kommunale Forschung in Österreich"

- 117 Verwaltungsreform durch Lösung der Stadt-Umlandproblematik, Linz 2008
- 119 Haushaltsreform aus der Sicht der Städte und Gemeinden, Linz 2010
- 126 Herausforderung Stadtregionen, Linz 2014
- 130 Urbanität, Linz 2017
- 132 Föderalismus 1. und 2. Auflage, Linz 2018 und Linz 2020 (vor der Fertigstellung)
- 133 Einführung in das Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen, 2. Aufl. Linz 2019
- 134 Jubiläumsband "50 Jahre IKW", Linz 2019
- 135 Public Value der Public Management-Ausbildung, Linz 2020

tierung des 3-Komponenten-Systems von der kleinsten Gemeinde (Tschanigraben mit 69 Einwohnern) bis zur Bundeshauptstadt Wien mit ca. 1,9 Mio. Einwohnern auch sein mögen, muss es dennoch gestattet sein, den damit verbundenen Aufwand kritisch zu hinterfragen und dem Nutzen gegenüber zu stellen.

Pflichtausgaben und zusätzliche Belastungen durch Gesetzesänderungen

Gemeinden können nur in sehr bearenztem Ausmaß mitgestalten und befinden sich in einer starken Abhängigkeit von den Ländern. Wirtschaftsstarke Städte finanzieren ihr Bundesland durch Umverteilung "nach oben" und in weiterer Folge auch andere Gemeinden ihres Bundeslandes. Größere Städte weisen relativ schlechte Benotungen auf, weil die Beurteilung auf fremdbestimmten Grundlagen beruht. Strukturelle und finanzielle Änderungen sind nur durch die Gesetzgeber möglich. Der föderale Staatsaufbau müsste völlig neu strukturiert werden, um Ineffizienzen und Zwei- und Mehrgleisigkeiten bei der Aufgabenerledigung sowie auf dem Gebiet der Transferzahlungen und des Förderwesens zu vermeiden.

Schlussbemerkung

Resümierend sei festgestellt, dass die Bewertung öffentlichen Vermögens im Hoheitsbereich der Gemeinden weder sinnvoll noch möglich ist, weil marktbestimmte Preise nicht vorhanden sind oder auf Annahmen beruhen. Vielmehr handelt es sich im Widmungsvermögen, das dem öffentlichen Interesse dient und demokratischer Beschlussfassung bedarf. Die Bewertung öffentlichen Gutes ist nicht nur kosten- und zeitaufwändig, sondern enthält viel Konfliktpotenzial. Politische Kontroversen bezüglich der Bewertung des Vermögens entstehen im Zuge der kommunalen

Haushaltsplanung, vor allem wenn es darum geht, den Schuldenstand nach der "goldenen Bilanzregel" zu beurteilen.

Eine ausführlichere Stellungnahme finden Sie unter www.urbanforum.at/downloads/



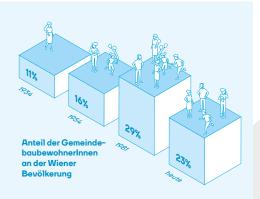
Obersenatsrat Univ.Doz. FH-Prof. Dr. Friedrich Klug

IKW – Institut für Kommunalwissenschaften

Friedrich Klug ist Universitätsdozent an der Universität Linz, FH-Professor, Institutsleiter des Vereins IKW (Linz), Generaldirektor der Linzer Lokalbahn AG, Herausgeber der IKW-Schriftenreihe "Kommunale Forschung in Österreich" nach o. Univ.-Prof. Dr. Ludwig Fröhler (Gründungsrektor der Universität Linz), Vorstandsmitglied des Verbandes der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (VÖWG), Mitglied des Kuratoriums des KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung (Wien), gerichtlich beeideter Sachverständiger für das öffentliche Rechnungswesen und Träger des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich. Er war von 1974 bis 2009 Stadtrechnungshofdirektor der Landeshauptstadt Linz. Arbeitsschwerpunkte und Forschungsbereiche sind Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft, öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen, öffentliche Finanzkontrolle und Schienenbahnen.

BUCHBESPRECHUNG

Wiener Wohnwunder Der Gemeindebau in 100 Geschichten



Um die BewohnerInnen kümmern sich:



der erwerbstätigen BewohnerInnen im Gemeindebau sind Angestellte

47%



8 % 12 %
sind sind Beamte oder
Selbstständige Vertragsbedienste



BewohnerInnen im erwerbsfähigen Alter



© 2020 by Christian Brandstätter Verlag, Wien



Herausgegeber: Josef Cser und Claudia Huemer Erschienen im Brandstätter Verlag, 256 Seiten, € 40,00

Was macht die soziale Institution Wiener Gemeindebau, die seit rund hundert Jahren besteht, eigentlich aus? Einst Herzstück im Plan des "Roten Wien" für die Transformation der Gesellschaft, wurde der Gemeindebau bald zum manchmal abschätzig betrachteten Wohn- und Lebensraum der sogenannten "einfachen Leute".

In hundert Gesprächen an hundert Orten in den und um die Wiener Gemeindebauten wagt dieses Buch nun den Perspektivenwechsel: Die Menschen, die im Gemeindebau leben und arbeiten, kommen vielstimmig selbst zu Wort. Sie erzählen von ihren Erinnerungen, Wünschen, Leistungen, Problemen und Träumen. Und dokumentieren damit eine soziale und kulturelle Mannigfaltigkeit, die jenseits von Ghettofantasien oder Sozialromantik ein neues, realistischeres Bild des Lebens im Wiener Gemeindebau zeichnet.

Die Herausgeber

Claudia Huemer

Mag. Claudia Huemer studierte Politik- und Kommunikationswissenschaften. Sie hat langjährige Mediationserfahrung, war Gründungsmitglied von wohnpartner und ist heute Bereichsleiterin.

Josef Cser

Mag. Josef Cser studierte Rechtswissenschaften und ist ausgebildeter Mediator. Er hat die Organisation wohnpartner aufgebaut, war zehn Jahre lang Bereichsleiter und ist seit Februar 2020 Geschäftsführer der Wohnservice Wien GmbH.

"Mit dem Wiener Wohnwunder ist es dem Herausgeber-Duo Claudia Huemer und Josef Cser gelungen, ein lebendiges Bild der Institution Gemeindebau zu zeichnen. 100 liebevolle Porträts, G'schichtln und Geschichten zeigen, was den Gemeindebau seit über 100 Jahren ausmacht: Qualitätsvoller Wohnraum nach dem Motto Licht, Luft, Sonne zu leistbaren Mieten mit viel Herz fürs Miteinander."



Mag.ª Karin Ramser Direktorin Wiener Wohnen



yiele Freunde, weil wir alle eine Familie sind.



Klima schützen leicht gemacht



Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt. Damit das auch in Zukunft so bleibt, muss sich viel bewegen. Der Umstieg auf erneuerbare Energien wird deshalb von Wien Energie seit Jahren vorangetrieben. Aber nicht nur große Unternehmen können etwas tun: Alle können beim Klimaschutz mitmachen.

Sonnenstrom vom eigenen Dach beziehen, überschüssige Energie mit den Nachbarn teilen oder sich an einem Solarkraftwerk beteiligen. Klingt vielleicht nach Zukunftsmusik, ist aber in Wien schon langjährige Tradition. "Dass Wien so lebenswert ist, liegt unter anderem auch an der zuverlässigen Versorgung mit Strom und Wärme und dem stetigen Ausbau erneuerbarer Energien", erklärt Michael Strebl, Geschäftsführer von Wien Energie. Immer mehr Menschen möchten zur Energiewende ihren Beitrag leisten und steigen auf Ökostrom um. Am leichtesten geht das mit einem Sonnenkraftwerk am eigenen Dach. Doch gerade in Wien ist das nicht immer möglich - die meisten Menschen wohnen in Wohnungen und Mehrparteienhäusern. "Wien Energie hat deshalb viele Angebote entwickelt, wie alle Menschen in Wien am Klimaschutz und der Energiewende teilhaben können", so Strebl weiter.

Gemeindebau als Öko-Kraftwerk

Die Solaroffensive von Wien Energie macht immer mehr Dächer zu Kraftwerken mitten in der Stadt. Mit einer neuen Gemeinschafts-Photovoltaikanlage in Ottakring wird bald auch ein Gemeindebau zum Öko-Kraftwerk. Dort können die Bewohnerinnen und Bewohner künftig Sonnenstrom vom eigenen Hausdach beziehen. "Mit einer Gemeinschafts-Photovoltaikanlage können auch Bewohnerinnen und Bewohner von Mietswohnungen lokalen Sonnenstrom beziehen und etwa ein Drittel des Jahresstrombedarfs über das eigene Solarkraftwerk abdecken. Das schont nicht nur

die Umwelt, sondern auch das Geldbörserl", betont Strebl. Wien Energie betreibt bereits sechs Gemeinschafts-Solarkraftwerke auf Mehrparteienhäusern, davon eines im Gewerbe, mit insgesamt 514 Kilowattpeak Leistung. 15 weitere Anlagen sind bereits in Umsetzung oder im Zuge von Gebäude-Neuerrichtungen im nächsten Jahr geplant.

Sonnenstrom mit Nachbarn teilen

Wien Energie forscht bereits seit mehreren Jahren am Thema Energiegemeinschaften. Das umfangreichste Innovationsprojekt dazu läuft im Viertel Zwei in der Wiener Krieau. Dort sind rund 100 Bewohnerinnen und Bewohner Teil der Urban Pioneers Community. Sie testen gemeinsam unterschiedliche Produkte rund um die Themen Energie, Wohnen und Mobilität. Über eine digitale Plattform handeln die Pilotkunden etwa vollautomatisiert den Community-Strom des eigenen Solarkraftwerks, teilen den Sonnenstrom mit den Nachbarn oder speichern ihn im Ouartiersspeicher. In Zukunft könnten solche Gemeinschaften vermehrt zum Einsatz kommen. "Mit Energiegemeinschaften werden die Österreicherinnen und Österreicher eine aktive Rolle im Energiesystem einnehmen können und den Klimaschutz zusätzlich vorantreiben", ist sich Strebl sicher.

BürgerInnen investieren über 37 Millionen Euro

Auch wer keine Möglichkeit hat, an einer Energiegemeinschaft teilzunehmen oder eine Gemeinschafts-Photovoltaikanlage zu errichten, kann beim Klimaschutz mitmachen – und kauft einfach Anteile an Ökokraftwerken. Wien Energie betreibt seit 2012 sogenannte BürgerInnenkraftwerke. Heute versorgen bereits 27 Solar- und 4 Windkraftwerke mit BürgerInnenbeteiligung die Stadt mit Ökostrom. Zehntausende Wienerinnen und Wiener haben sich bisher bereits mit über 37 Millionen



Euro an den grünen Kraftwerken beteiligt. Das letzte Sonnenkraftwerk mit Beteiligung wurde erst im Mai 2020 in Unterlaa in Betrieb genommen – 10.000 WienerInnen haben mitgemacht.

Wien wird Sonnenenergiestadt

Mit vielen Partizipationsmöglichkeiten und einem ambitionierten Ausbauplan von Wien Energie steht das Ziel fest: Wien wird Sonnenenergiestadt. Allein im ersten Halbjahr 2020 hat Wien Energie soviel Sonnenenergie erzeuat wie noch nie zuvor. Der Energiedienstleister konnte die Sonnenstrom-Produktion um knapp 60 Prozent. Im Moment errichtet Wien Energie in der Donaustadt das mit 11,5 Megawatt Leistung derzeit größte Solarkraftwerk Österreichs. "In den nächsten zehn Jahren investieren wir eine halbe Milliarde Euro in Sonnenenergie. Damit installieren wir Solarkraftwerke mit einer Leistung von 600 Megawatt, die umgerechnet rund 250.000 Haushalte mit Ökostrom versorgen können", so Strebl.

Mehr zu den Klimaschutzprojekten von Wien Energie unter klimaschuetzen.at



DI Mag. Michael Strebl Geschäftsführer Wien Energie







Wege zur Wohlfahrtsstadt

Wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen für eine moderne Kommunalpolitik

Herausgegeben von: Renate Brauner & Bernhard Müller ISBN: 978-3-200-07300-5 EUR 25,- (zzgl. Versandkosten)

Dieser Sammelband will einen kompakten Überblick zur Rolle der öffentlichen Hand und vor allem der Kommunen und ihrer Leistungen der Daseinsvorsorge, aber auch der wirtschaftspolitischen Rolle, die Staat und Kommunen, gerade in Krisenzeiten haben können und müssen, geben. Die aktuellen Diskussionen und Erfahrungen stehen dabei ebenso im Fokus wie der Versuch eines Blicks in die mögliche Zukunft einer progressiven, kommunalen Wirt-

schaftspolitik. Der Begriff der Wohlfahrtsstadt ist im Gegenzug zu jenem des Wohlfahrtsstaates jung und wenig etabliert - zu Unrecht, wie die HerausgeberInnen meinen. Nach Jahrzehnten an Privatisierung, Deregulierung, Outsourcing und reiner Austeritätspolitik hat in den letzten Jahren ein gewisses Umdenken stattgefunden. Nicht zuletzt durch die COVID-19-Pandemie und ihre mannigfaltigen verheerenden Folgen wurden die Vorzüge einer öffentlichen Daseinsvorsorge inklusive stabilem Sozial- und Gesundheitssystem öffentlich wahrgenommen, thematisiert, geschätzt und dadurch mancherorts gestärkt.





Perspektiven 2030

17 Ziele für den Weg in eine lebenswerte Zukunft

Herausgegeben von: René Hartinger (Ökosoziales Forum Wien) & Florian Leregger (Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung) ISBN: 978-3-200-07090-5 EUR 22,- (zzgl. Versandkosten)

Der Sammelband bietet umfangreiches Grundlagenwissen zur Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Entstehungsgeschichte, Struktur, inhaltliche Fundamente, Hintergründe und Relevanz, besondere Merkmale sowie Chancen und Herausforderungen ihrer Umsetzung werden umfassend erläutert. Fachkundige AutorInnen beleuchten in 18 Beiträgen vielseitige praxisbezogene Facetten der Agenda 2030 in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen und zeigen Perspektiven ihrer Umsetzung auf: Städte und Gemeinden, Wirtschaft und Unternehmertum, Arbeit, Wissenschaft, Bildung, Kunst, Digitalisierung, Ernährung, Abfallwirtschaft, Inklusion, Klima- und Umweltschutz sowie privates Engagement und Handeln.

Zukunft urbane Mobilität

Eine ganzheitliche Betrachtung

Herausgegeben von: Bernhard Müller ISBN: 978-3-200-06846-9 EUR 25,- (zzgl. Versandkosten)

In einer ganzheitlichen Betrachtung werden die Zukunftsperspektiven jener Instrumente untersucht, die die Menschen "für die konkrete Umsetzung der Mobilität" in den urbanen Räumen (Städten und Stadtregionen) benötigen. Die Palette erstreckt sich dabei vom Fußverkehr

über Zweiräder jeder Art, den motorisierten Individualverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel hin zu modernen, digitalen Hilfsmitteln. Aber auch Logistik und Luft- sowie Schifffahrt wurden untersucht, weil thematisch unverzichtbar. Ausgehend von einer geschichtlichen Retrospektive und einer Feststellung des Status quo, haben alle Autorinnen und Autoren den Blick in die Zukunft gerichtet und versucht, Prognosen abzugeben.

